

Dirk Niebel MdB

Generalsekretär der Freien Demokratischen Partei

Assoziation ökologischer Lebensmittel-Hersteller e. V.
Herrn Dr. Alexander Beck
Dr.-Gartenhof-Str. 4
97769 Bad Brückenau
Petra.stamm@aoel.org

Berlin, 27. August 2009

voe

Sehr geehrter Herr Dr. Beck,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 4. August 2009, auf das ich Ihnen gerne für die FDP antworten möchte.

Zu 1+3:

Die FDP setzt sich seit Jahren dafür ein, dass das Thema der ländlichen Entwicklung stärker bei der deutschen Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt wird. In den vergangenen Jahren hat die Weltgemeinschaft diesen Sektor vernachlässigt; allen voran hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen 10 Jahren 100 Millionen Euro in dem Bereich gekürzt. Für uns sind Landwirtschaft und Kleingewerbe Grundbausteine für ein breitenwirksames Wachstum armer Länder, denn die Wertschöpfungskette beginnt immer auch im landwirtschaftlichen Sektor einer Volkswirtschaft. Wir vertreten die Ansicht, dass eine leistungsfähige, effiziente und innovative Landwirtschaft der entscheidende Schlüssel zur Bekämpfung des weltweiten Hungers ist. Nur über effiziente landwirtschaftliche Produktionsverfahren, leistungsfähige Agrarforschung auf nationaler und internationaler Ebene und intakte und wirtschaftsstarke ländliche Räume lassen sich Hunger und Armut bekämpfen.

Wir stehen für eine nachhaltige Erzeugung von Biokraftstoffen und Biomasse, wobei der Lebensmittelproduktion Vorrang vor der energetischen Nutzung von Biomasse einzuräumen ist. Nur eine effiziente, innovative und unternehmerische Land- und Ernährungswirtschaft kann eine stetig wachsende Weltbevölkerung von zukünftig mehr als neun Milliarden Menschen sicher, qualitativ hochwertig und in ausreichendem Maße ernähren. Produktivität und Effizienz dienen neben der Ernährungssicherung dem Klima-, Umwelt-, Verbraucher- und Naturschutz. Eine „grüne Revolution auf dem Acker“ ist notwendig, um die Herausforderungen der weltweit steigenden Lebensmittelnachfrage zu bewältigen.

Die Nahrungsmittel- und Energieversorgung bildet die Grundlage jeglicher Existenz auf der Erde. Chancen und Risiken der Bereitstellung müssen auf Basis der gegenwärtigen Möglichkeiten abgewogen werden. Die rasant wachsende Weltbevölkerung sowie der gestiegene Lebensstandard in bevölkerungsreichen Schwellenländern lässt auch in Zukunft einen steigenden Nachfragemarkt für Agrargüter zur Nahrungsmittelproduktion erwarten. Gleichzeitig ist, durch den Klimawandel bedingt, ei-

ne weitere Verknappung dieser Rohstoffe schon jetzt absehbar. So werden einige große Agrargüter produzierende Staaten der südlichen Hemisphäre aufgrund ihrer verschlechterten klimatischen Bedingungen für die Weltmarktproduktion fast komplett ausfallen. Für die FDP ist die Nahrungsmittelproduktion weiterhin vorrangige Aufgabe der Landwirtschaft. Nachwachsende Rohstoffe und die organischen Reststoffe können in vielfältiger Form zur Energiegewinnung eingesetzt werden. Wie bei der landwirtschaftlichen Produktion zu Ernährungszwecken, ist auch hier die Nachhaltigkeit der Produktion und eine größtmögliche Effizienz im Sinne des Klimaschutzes zu gewährleisten. Fördersysteme für nachwachsende Rohstoffe zur Energiegewinnung sind immer daraufhin zu überprüfen, ob sie zu Konkurrenzsituationen mit negativen Folgen für die Nahrungsmittelproduktion führen. Nicht die Alternative „Teller oder Tank“, sondern „Teller und Tank“ sollte die Leitlinie sein. Zur Energiegewinnung sollte der Schwerpunkt auf der Verwertung von Reststoffen liegen.

Im Einzelnen fordert die FDP **für die nationale und EU-Ebene:**

- Produktivität und Effizienz dienen dem Klima-, Umwelt-, Verbraucher- und Naturschutz. Oberstes Ziel muss dabei immer bleiben, eine nachhaltige Landwirtschaft zu gewährleisten.
- Forschung und Entwicklung im Agrar- und Nahrungsmittelbereich sind auf nationaler Ebene deutlich stärker voranzutreiben. Die gegenwärtig praktizierte Sparpolitik bei der klassischen Agrarforschung ist unverantwortlich.
- Beim Wassermanagement ist ein nachhaltiges Bewirtschaftungs- und Nachfragemanagement erforderlich. Es gilt, effizientere Nutzungsmethoden anzuwenden und (weiter) zu entwickeln (z. B. Tröpfchenbewässerung) sowie die grenzüberschreitende Koordinierung von Wasserentnahmen aus Flüssen und Schaffung zusätzlicher Speicherkapazitäten zu optimieren.
- Die Forschungsförderung durch das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm muss verstärkt werden.

Forderungen für die internationale Ebene:

- Auf internationaler Ebene gilt es, Zertifizierungssysteme für Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstränge von Biomasse festzulegen und durchzusetzen, um Nachhaltigkeitsstandards sicherzustellen. Ansonsten würde die verstärkte Biomassennutzung in Europa zu global kontraproduktiven Ergebnissen bei Klimaschutz und Biodiversität führen. So ist der weitere Kahlschlag tropischer Regenwälder, das höchst klimaschädliche Abbrennen von Torfwäldern sowie die Trockenlegung von wertvollen Feuchtgebieten zur Anlage von Plantagen zu stoppen.
- Mittelfristig sollte auf internationaler Ebene ein sektorübergreifender und möglichst unbürokratischer Emissionshandel eingeführt werden. Über internationale politische Verhandlungen muss großräumige Entwaldung verhindert werden.
- Die internationalen Handelsbeziehungen müssen dahingehend angepasst werden, dass ein globaler Markt für ressourcenschonende und nachhaltige Technologien geschaffen werden kann. Beim Technologietransfer ist darauf zu achten, den Schutz des geistigen Eigentums der Unternehmen zu wahren.

Schließlich muss auf internationaler Ebene die Agrarforschung zur Entwicklung angepasster Pflanzen- und Tierarten und zur Sicherstellung der Ernährung sowie eines möglichst optimalen Klimaschutzes verstärkt werden. Investitionen in den Ausbau land- und forstwirtschaftlicher Strukturen in Entwicklungs- und Schwellenländern

sind zu verstärken, da sie zu einer besonders hohen Wertschöpfung in diesen ländlichen Regionen führen.

Zu 2:

Die FDP ist der Überzeugung, dass internationale Unternehmen in ihrem weltweiten Engagement nicht wertfrei, sondern wertegebunden handeln. In diesem Bereich haben sich bereits Instrumente etabliert, die unter dem Stichwort „corporate accountability“ und „corporate social responsibility“ rechtliche und moralische Pflichten umfassen und im Interesse der Unternehmen die Achtung der Menschenrechte weiter vorantreiben. In diesem Zusammenhang tritt die FDP für eine vielfältige Vorgehensweise ein. Insbesondere sind Initiativen unterstützenswert, durch die sich international tätige Unternehmen zur Achtung bestimmter Menschenrechtsprinzipien bei ihren Aktivitäten verpflichten. Ein Beispiel ist der von UN-Generalsekretär Kofi Annan begründete Global Compact.

Die FDP begrüßt, dass Deutschland die Arbeit des VN-Sonderbeauftragten für Unternehmen und Menschenrechte, John Ruggie, unterstützt. Seine Berichte sind ein wichtiger Diskussionsbeitrag für die Weiterentwicklung der menschenrechtlichen Verantwortlichkeit multinationaler Unternehmen. Die in Deutschland geschaffene Nationale Kontaktstelle (NKS), die über die Einhaltung der OECD-Leitsätze für verantwortliches unternehmerisches Handeln wacht und in Konfliktfällen vermittelt, muss nach Ansicht der FDP besser in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Deshalb haben wir die Bundesregierung in parlamentarischen Anfragen zur Offenlegung ihres Konzepts zu einer Stärkung der NKS gebeten.

Wir setzen uns auf der anderen Seite für den mündigen Verbraucher ein, der auf Grundlage von zugänglichen Informationen mit seiner Entscheidung dazu beitragen kann, menschenrechtliche Standards bei Produkten und Dienstleistungen voranzutreiben. Auch hier gibt es bereits Instrumente, wie das Verbraucherinformationsgesetz, die bisher leider nur unzureichend und uneffizient umgesetzt wurden. Eine Stärkung der Rechte der Verbraucher ist für Produzenten und Verbraucher die beste Garantie für menschenrechtskonforme Produktionsprozesse. Hierzu können Zertifizierungsmechanismen einen wichtigen Beitrag leisten.

In zahlreichen Staaten wird das Eigentum Einzelner und dabei auch die Landrechte von Bauern Gegenstand von gezielten unberechtigten Übergriffen durch private Dritte oder durch den Staat. Dagegen vorzugehen wird für die Betroffenen zusätzlich erschwert, wenn Korruption in Verwaltung und Justiz die Inanspruchnahme wirksamer Rechtsmittel verhindert. Diesen Verletzungen der Eigentumsfreiheit muss die deutsche Außenpolitik entschlossen, und durch vielfältige Maßnahmen im Bereich der Entwicklungshilfe flankiert, begegnen (siehe Antrag der FDP-Fraktion, BT-Drs. 16/10613). Für die FDP ist die Eigentumsfreiheit ein eigenständiges Recht, das den Charakter einer Gesellschaft maßgeblich bestimmt und bisher in der Außenwirkung häufig vernachlässigt wurde. Es ist von zentraler Bedeutung für die Stellung des Einzelnen im Gemeinwesen und damit für die Gesellschaftsordnung insgesamt und gehört stärker als bisher in den menschenrechtspolitischen Fokus.

Zu 4:

Liberale Umweltpolitik will einen sparsamen und verantwortlichen Umgang mit knappen Ressourcen ohne Dirigismus und ohne Anmaßung von Wissen durch den Staat. Sie setzt auf Eigenverantwortung der Bürger sowie auf Kostensenkung durch Effizienzverbesserung und Innovation. Ökologische, soziale und ethische Kriterien spielen neben Bürokratieabbau und der Vereinfachung von Verwaltungsverfahren eine

zunehmende Rolle bei Investitionsentscheidungen. Das Umdenken bei vielen Investoren macht sich also schon heute bemerkbar. Die FDP setzt sich für marktwirtschaftlichen Wettbewerb unter fairen Rahmenbedingungen ein.

Nachhaltig ist, was dazu beiträgt, die technisch und wirtschaftlich nutzbare Ressourcenbasis dauerhaft zu erweitern – durch technischen Fortschritt und durch die Entwicklung effizienter Spielregeln zur Nutzung dieser Ressourcenbasis. Der Verzicht auf Wissen ist nicht nachhaltig. Liberale Umweltpolitik setzt deshalb auf Forschung, Technik und Innovation und ist dabei dem marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzip verpflichtet.

Zu 5:

In der Landwirtschaft verpflichtet uns die EU zur Organisation der Koexistenz. Es muss der Anbau von herkömmlich gezüchteten Kulturpflanzen genauso möglich sein wie der Anbau von gentechnisch veränderten Kulturpflanzen.

Die FDP setzt sich für die unternehmerische Freiheit der Landwirte ein. Wenn Landwirte auf den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen verzichten wollen, ist das ihre freie unternehmerische Entscheidung und selbstverständlich können sie sich dazu verabreden.

Die FDP setzt sich für das Verursacherprinzip ein. Wer Kosten verursacht, muss auch für die Finanzierung der Kosten eintreten. Nach dem von der Bundesregierung erlassenen Anbauverbot für den gentechnisch veränderten Mais MON810 sind keine Kosten für Ökobetriebe durch den GVO-Anbau zu erwarten.

Die EU hat inzwischen entschieden, dass politische Entscheidungen zur Gründung sog. "gentechnikfreier Regionen" Landwirte nicht verpflichten können, auf den Anbau von GVO zu verzichten. Eine gentechnikfreie Lebensmittelwirtschaft ist nicht möglich, da Nahrungs- und Futtermittelzusätze wie Zitronensäure, Aminosäuren, Vitamine mit gentechnisch veränderten Mikroorganismen hergestellt werden, genauso wie mehr als 100 Arzneimittel für Mensch und Tier.

Zu 6:

Biologische Vielfalt ist Grundlage für das menschliche Leben. Das Verschwinden einer Art ist eine Form von Umweltzerstörung, die der Mensch nicht rückgängig machen kann. Die FDP will den Rückgang der biologischen Vielfalt stoppen und das Einwandern von gebietsfremden, invasiven Arten mindern. Wir müssen europaweit wild lebende Pflanzen und Tiere erhalten sowie ihre natürlichen Lebensräume entwickeln. Der Schutz der biologischen Vielfalt ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Politikfeldern Berücksichtigung finden muss. Ein Ziel jeglicher Biodiversitätsstrategien ist es, die Vielfalt genetischer Informationen zu erhalten. Verschiedene Pflanzenarten kommen nur noch in wenigen Exemplaren vor. Für diese Arten ist der Erhalt in Saatgut-Genbanken oder in Botanischen und Zoologischen Gärten zwingend. Nur durch einen solchen Ex-situ-Schutz außerhalb ihres Vorkommens in der Natur wird der Erhalt der Art in ausreichender innerartlicher Diversität zur Vermeidung von Inzucht gewährleistet. Die FDP will den Ex-situ-Schutz von vom Aussterben bedrohten Arten, die durch den Schutz ihrer Lebensräume (in situ) nicht erhalten werden können. Dafür brauchen wir zur Umsetzung des Beschlusses von Den Haag nach dem Vorbild von Großbritannien oder Spanien eine nationale Saatgut-Genbank. Wir werden die Forschungsanstrengungen zur Biodiversität als eigenständiges Forschungsfeld besser fördern. Erforderlich ist eine bessere Vernetzung der Biodiversi-

tätsforschung auf europäischer und internationaler Ebene, zum Beispiel bei Naturkundemuseen. Ein Ansatz hierzu ist der Ausbau von Datenbanken, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten. In Ergänzung mit Saatgut-/Samenbanken könnte so ein europa- und weltweit verfügbares „Archiv der Natur“ entstehen.

Zu 7:

Die FDP unterstützt staatliche Maßnahmen zur Unterstützung der Banken, damit Geldkreislauf und Kreditvergabe wieder reibungslos funktionieren. Sobald sich die wirtschaftlichen Bedingungen wieder verbessert haben, muss allerdings mit dem Ausstieg des Staates bei den Finanzinstituten begonnen werden.

Wichtig bleibt die Wiederherstellung eines funktionsfähigen Wettbewerbs am Finanzmarkt. Die Marktteilnehmer müssen Vertrauen in das System haben können. Dieses Vertrauen ist derzeit verloren gegangen. Wir brauchen nicht mehr, sondern bessere Regelungen für den Finanzmarkt. Regulierungsversagen ist Staatsversagen, nicht Marktversagen. Deshalb muss unverzüglich die staatliche Bankenaufsicht auf nationaler und internationaler Ebene effektiver werden. Die FDP spricht sich für eine konsequente Überprüfung und Anpassung der Regulierungen und für nachhaltige Verbesserungen bei der staatlichen und konzerninternen Aufsicht aus.

Zu 8:

Für eine nachhaltige und effiziente Landwirtschaft bedarf es intensiverer Agrarforschung. Bis 2050 wird ein Wachstum der Weltbevölkerung auf neun Milliarden Menschen erwartet. Nur eine innovative und effiziente Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft kann diese sicher und qualitativ hochwertig ernähren. Produktivität und Effizienz dienen der Ernährungssicherung und gleichzeitig dem Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz. Eine zweite grüne Revolution auf dem Acker ist notwendig, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren und gleichzeitig nachwachsende Rohstoffe für die rohstoffliche und energetische Nutzung zu produzieren.

Zur Steigerung der Produktivität wollen Liberale den technischen Fortschritt nutzen. Hierzu zählen moderne Landtechnik, wassersparende Bewässerungssysteme und Betriebsmittel. Damit sich technischer Fortschritt möglichst schnell entwickelt und in der Praxis genutzt werden kann, ist die weltweite Stärkung der Agrarforschung eine wichtige Voraussetzung.

Der Klimawandel führt zur Ausbreitung bisher unbekannter Schadorganismen (Blauzungenkrankheit, Maiswurzelbohrer). Die Agrarforschung muss darauf vorbereitet sein und rechtzeitig Bekämpfungsstrategien entwickeln. Die FDP tritt für eine effiziente und nachhaltige Landwirtschaft ein. Sie sichert Wertschöpfung im ländlichen Raum und im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft mehr als vier Millionen Arbeitsplätze. Sie ist Impulsgeber für technologische Entwicklungen im Maschinenbau und sichert dadurch Exportmärkte und Arbeitsplätze. Deutschland ist ein landwirtschaftlicher Gunststandort: Böden, Klima und Infrastruktur sind gut und die hervorragend ausgebildeten Landwirte in Deutschland sind Weltspitze. Der ökologische Landbau in Deutschland und weltweit kann einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung der großen globalen Herausforderungen leisten. Dazu müssen die agrarpolitischen Rahmenbedingungen insbesondere auch für den ökologischen Landbau in Deutschland und der europäischen Union deutlich verbessert werden.

Zu 9:

In der Ernährungspolitik setzt die FDP verstärkt auf Eigeninitiative, Anreizsysteme, Wettbewerb und Soziale Marktwirtschaft. Das Urteilsvermögen informierter Verbraucher, Transparenz und Produktvielfalt leisten einen entscheidenden Beitrag zu einem effektiven Verbraucherschutz. Dirigistische Eingriffe des Staates in das Marktgeschehen, wie z. B. Werbeverbote, sind abzulehnen. Selbstverpflichtungen der Wirtschaft sind zu begrüßen und auszubauen. Um das Wissen der Menschen über eine gute Ernährung zu verbessern, müssen verstärkt Informations- und Aufklärungskampagnen in Kindergärten und Schulen verstärkt durchgeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen
